



Pressespiegel

Ausgabe: 29.09.2022



IG BAU: Die Arbeitszeit muss ganz oben auf die Agenda



Berufe der Bauwirtschaft müssen attraktiver werden, um Fachkräfte zu gewinnen.

"Wir werden über das Thema Arbeitszeit reden! Das kommt ab sofort ganz oben auf die Agenda." Das hat Carsten Burckhardt, Bundesvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und für die Bauwirtschaft und Baustoffindustrie zuständig, auf dem Gewerkschaftstag in Kassel den Delegierten des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages zugerufen. "Schon jetzt haben wir einen enormen Fachkräftebedarf – in allen Branchen –, der sich in den nächsten Monaten und Jahren noch verschärfen wird, wenn die Generation der Babyboomer [1955 bis 1970 geborene] in Rente geht, und zudem weniger Entsendebesetzte aus Osteuropa nach Deutschland kommen. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen in der Bauwirtschaft tarifvertraglich noch attraktiver gestaltet werden, um auf dem hart umkämpften Arbeitsmarkt eine Chance zu haben, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten."

Burckhardt denkt dabei an flexiblere Arbeitszeitgestaltung und auch – verkürzungen, damit beispielsweise Väter und Mütter sich mehr um die Familien kümmern – , ihre Kinder aufwachsen sehen und auch planbarer ihre Freizeit gestalten können. In diesem Zusammenhang macht er auf das jüngst gefällte Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Arbeitszeiterfassung aufmerksam [Aktenzeichen: 1 ABR 22/21]. "Die vielen, zum Teil unbezahlten, Überstunden, ob im Handwerk oder der Industrie, müssen ein Ende haben." Digital exakt aufgezeichnete Arbeitszeiten – beispielsweise durch eine Bau-Card oder einer Smartphone-App – erhöhten den Arbeitsschutz, stellten sicher, dass jede geleistete Arbeitsstunde auch ordentlich tariflich bezahlt werde und nehme den Druck von den Arbeitnehmer*innen.

Zudem müssten die Beschäftigten der Bauwirtschaft, die bei immer anspruchsvolleren klimatischen Bedingungen ihre Arbeit verrichten, besser geschützt und die Arbeitsbedingungen an den Klimawandel angepasst werden. "Dieser heiße Dürre-Sommer hat uns gezeigt, wo die Reise in den nächsten Jahren hinget", sagte Burckhardt. "Da müssen Politik und Tarifvertragspartner nachlegen. Wir brauchen einen Booster für ganzjährige Beschäftigung und Saison-Kurzarbeit für die Sommermonate." Er verweist dabei auf eine bereits existierende Regelung in der Dachdeckerbranche, in der es für ausgefallene Stunden wegen zu großer Hitze einen Ausgleich gibt. Diese müsse aber ausgebaut und natürlich auf andere Outdoor-Branchen ausgeweitet werden.

All diese Vorhaben, so ist sich Burckhardt sicher, steigern die Attraktivität der körperlich und geistig anspruchsvollen Tätigkeiten der Bauwirtschaft und helfen, den Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft und Baustoffindustrie nachhaltig anzugehen.



Mehr Wohnungen, mehr Hilfe bei der Kaltmiete und verstärkte Mindestlohnkontrollen



Der wiedergewählte IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger macht Vorschläge, die Krisen-Belastungen abzufedern.

"Das Wohnungsdefizit wird Ende des Jahres einen traurigen Spitzenwert erreichen, dann werden in Deutschland weit über 700 000 Wohnungen fehlen." Das hat der wiedergewählte Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Robert Feiger auf dem 23. Gewerkschaftstag prophezeit. Er stützt sich dabei auf Berechnungen des Pestel-Instituts Hannover. Mangelware seien vor allem bezahlbare und Sozialwohnungen. So schmelze der Bestand an Sozialwohnungen regelrecht weg: Rein rechnerisch sei im vergangenen Jahr alle 19 Minuten eine Wohnung verschwunden, nur alle 25 Minuten käme eine neue hinzu. "Es ist paradox: Deutschland erreicht eine neue Talsohle beim sozialen Wohnen, und das bei einem Zuwanderungshoch!"

Feiger fordert deshalb, dass der Staat – gerade jetzt in der Krise – bei der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum nachlegt. Das könne durch Neubau, Umbau von Gewerbeimmobilien – vor allem Büroraum – oder Dach-Aufstockungen gelingen. Auf jeden Fall müsse die Bundesregierung an ihrem Ziel, dem Bau von 400 000 Wohnungen im Jahr, davon 100 000 Sozialwohnungen, festhalten. "Mehr günstige Mietwohnungen auf dem Markt dämpfen die Mieten, und verstärkter Wohnungsbau kurbelt auch noch die Konjunktur an. Ein zweifacher Gewinn!" Aufpassen müsse man auch darauf, dass man nicht in eine Situation komme, in der Bauarbeiter*innen aufgrund fehlender Aufträge wieder nach Hause geschickt werden müssten. "Wenn sie mal weg sind, kommen sie nicht wieder. Die Gastronomie kann ein Lied davon singen", sagt der IG BAU-Chef.

Nach weiteren Berechnungen des Pestel-Instituts liegt die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Deutschland bei gut 13 Millionen, davon etwa 3,6 Millionen Senior*innen. Vor allem sie sind von den drastischen Steigerungen der Kaltmiete betroffen. "Bei den Beschäftigten wird es in erster Linie diejenigen treffen, die zu einem Niedriglohn arbeiten. Aber auch die Facharbeiterin oder der Facharbeiter sind nicht davor gefeit", sorgt sich Feiger. Deshalb brauche es eine Soforthilfe, 500 Euro für alle Beschäftigten, Empfänger*innen von Grundsicherung, Rentner, Azubis und Studierende fordere der DGB, 100 Euro zusätzlich für jedes Kind. Die IG BAU werde sich dafür einsetzen, dass die steuer- und sozialabgabefreien 3000 Euro, die jetzt in aller Munde seien, mit den Arbeitgebern auch ordentlich ausgehandelt würden. Und wer Mitglied in der Gewerkschaft ist, habe gute Chancen, einen Extra-Bonus zu bekommen.

"Wichtig in dieser Krisenzeit ist aber auch, dass ausgehandelte oder gesetzlich festgeschriebene Mindestlöhne auch gezahlt werden", sagt der IG BAU Bundesvorsitzende vor dem Hintergrund, dass in drei Tagen der gesetzliche Mindestlohn auf zwölf Euro steigt. Er zählt auf: In der Landwirtschaft kommt rein rechnerisch alle 90 Jahre (!) ein Beschäftigter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit vorbei, im



Pressespiegel

Ausgabe: 29.09.2022



Forst sind es über 25 Jahre, auf dem Bau über 20 Jahre und in der Gebäudereinigung über 15 Jahre. "Manche Betriebe sind solange nicht einmal am Markt!" Rund sechs Millionen Menschen werden von dem neuen Mindestlohn profitieren, hinzukommen Geflüchtete, überwiegend aus der Ukraine. Die IG BAU fordert deshalb eine Verdopplung der Kontrolleure auf 16 000. "Erst dann liegt das Prüfrisiko bei zehn Prozent. Und selbst wenn nur alle zehn Jahre mit einer Prüfung zu rechnen ist, wird es noch einige schwarze Schafe unter den Arbeitgebern geben, die das Risiko eingehen und ihre Beschäftigten mit einem Lohn abspeisen, der den Namen nicht einmal verdient", so Feiger abschließend.

Weitere Informationen, beispielsweise die Präsentation aus der Pressekonferenz, finden Sie igbau.de/OGT-Pressekonferenz

Lokalkompass.de

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt steht für Vielfalt



Diskriminierte Menschen genießen besonderen Schutz.

"Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) tritt auch weiterhin für eine Beschäftigtenvertretung der Vielfalt ein, menschenfeindliche Einstellungen haben bei uns keinen Platz." Das hat IG BAU-Vorstandsmitglied Ulrike Laux auf dem 23. Gewerkschaftstag in Kassel vor rund 350 Delegierten postuliert. "Unser Schutz gilt allen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung, Behinderung oder eines sozialen Stigmas diskriminiert angefeindet oder gar angegriffen werden." Laux ist deshalb auch froh darüber, dass die Gemeinschaft der Queeren künftig als Personengruppe ausdrücklich benannt werden soll. "Damit hat ihre Arbeit den Stellenwert, den sie auch verdient." Weitere Personengruppen, die sich branchenübergreifend organisieren, sind beispielsweise Senioren, Frauen und in Zukunft auch Studierende.

Auch das politische Bildungs- und Beratungsangebot soll noch einmal geschärft werden. "Wir helfen allen Beschäftigten und Betriebsrät*innen dabei, ihr Engagement gegen menschenverachtendes Verhalten zu stärken und unterstützen sie bei einschlägigen Vorfällen im Betrieb", sagte die Gewerkschafterin. Für die IG BAU seien Parteien wie die AfD eindeutig der politische Gegner. "Ihre Politik ist rassistisch, demokratie- und menschenfeindlich. Mit unseren Werten ist das unvereinbar."

Schließlich mache sich die IG BAU auch für die Aufnahme und Integration von vor Krieg, Verfolgung und Katastrophen geflüchteten Menschen stark. "Wir machen keinen Unterschied hinsichtlich des Herkunftslandes, unsere Solidarität gilt allen Geflüchteten gleichermaßen", sagte Laux.

Lokalkompass.de